



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Zur Situation in Preußen.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Zur Situation in Preußen.

Das zweite große Treffen, welches durch die Vertreter des Volkes gegen das Ministerium geliefert wurde, die Verhandlung um die russische Convention, ist beendigt. Es war ein neuer Erfolg der parlamentarischen Partei, eine große Niederlage des Ministeriums. Die Debatte hat außer ihrer unmittelbaren Wirkung noch ein günstiges politisches Resultat gehabt, sie hat einen Theil der Altliberalen dem Kriegsplan der opponirenden Majorität näher gestellt.

Die Behandlung der polnischen Frage bot einige Gefahr. Keine Partei in Deutschland hat durch die funfzehn Jahre seit 1848 größeren Zuwachs an Tüchtigkeit und politischer Einsicht erworben, als die Demokratie. Die Phrase, der Socialismus, das Weltbürgerthum sind von der großen Mehrzahl der Leiter kräftig überwunden, eine nüchterne, mannhafte, nationale Politik wird mit achtungswerther Taktik verfolgt. Und wenn den Deutschen nach irgend einer Richtung ihr Herzensbedürfniß sich zu begeistern und Trophäen ihrer Siege heimzuführen befriedigt werden könnte, so würde in kurzer Zeit die letzte Spur jener alten pessimistischen Auffassung unserer politischen Lage beseitigt sein, und eine fröhliche Eintracht alle liberalen Fractionen umschließen. Wir Alle empfinden, wie bitter unsere Hoffnungen auf eine solche Zeit getäuscht wurden, die Summa unserer niederschlagenden Erfahrungen ist durch einige neue vermehrt, deren bittere Folgen noch unsere Nachkommen tragen werden. Mehr als im Jahr 1848 war, so scheint es, gerade jetzt der Ungeduldige in Versuchung, an der Möglichkeit einer geseglichen Reform deutscher Verhältnisse zu zweifeln und die Solidarität der kämpfenden Völker gegen die Gewalthaber zu betonen. Und der polnische Kampf konnte als ein Prüfstein betrachtet werden, an dem sich deutlich erkennen ließ, wie viel ausländisches Kupfer dem deutschen Gold noch beigemischt war.

Wer den Verlauf der dreitägigen Debatte unbefangen betrachtet, wird im Ganzen nicht nur mit dem Resultat im preußischen Abgeordnetenhaus, auch mit der Haltung des Volkes zufrieden sein. Allerdings sprach einer und der andere Redner am Dönhofsplatz seine Sympathien für die polnische Sache weitläufiger aus, als für einen deutschen Abgeordneten taktvoll war, allerdings erklärten in wenigen deutschen Städten warmherzige Versammlungen unzufriedener Patrioten ihr inniges Mitgefühl mit der Erhebung des polnischen Volkes gegen seine Tyrannen. Aber auch der feurigste Vertreter polnischer Freiheit reservirte die deutschen Rechte auf früheren polnischen Grund, und eine Volksversammlung in Leipzig, in ihrer Zusammensetzung nicht unähnlich einer früheren welche 1848 den Polen Geld und Waffen nach Posen gesammelt hatte, beschied sich diesmal mit wackeren guten Wünschen für Polen und mit einer Zustimmung zu den Beschlüssen des preußischen Abgeordnetenhauses. Im Ganzen

war in der Presse und im Volke mehr Eifer dem gegenwärtigen Ministerium zu opponiren, als ein declamirender Enthusiasmus für ein fremdes Volksthum sichtbar.

Und wir dürfen wohl mit dem Verlauf zufrieden sein, den die Polendebatte gehabt hat, und mit der klugen Methode parlamentarischer Kriegsführung, welche dabei zu Tage kam. Dem Ministerium hat dies zweite Treffen noch größere Wunden geschlagen, als die Adreßdebatte. Wenn die Abneigung im Lande gegen die herrschende Politik noch einer Steigerung fähig war, so ist diese erreicht. Die Mißachtung der auswärtigen Mächte kann schwerlich größer werden. Eine loyale Kritik, die wärmste Liebe und Hingabe an die Idee des Staates weiß nichts mehr zur Vertheidigung dieser Politik aufzufinden, auch die Kritik des In- und Auslandes ist mit ihrem Tadel fertig, sie hat ihren Recensionen nichts mehr zuzufügen. Ja die Politik der Kreuzzeitungspartei hat den seltenen Erfolg gehabt, die Botschafter und Gesandten in Berlin und die leidenschaftlichsten Journalisten der Fortschrittspartei, Oestreicher, Engländer, Franzosen, ja selbst die Russen in einmüthiger Verurtheilung zu vereinigen, und diese Politik gleicht, um das Bild eines englischen Historikers zu gebrauchen, jetzt bereits dem Stinkthier, welches der Sage nach einsam durch die Dede der Bäume irrt, und durch seinen üblen Geruch vor allen Angriffen der Bewohner des Waldes geschützt ist.

Unter solchen Umständen ist kaum von Wichtigkeit, welche Stellung Herr v. Bismarck zu andern einflußreichen Persönlichkeiten einnimmt. Das flackernde Feuer seiner Pläne verbreitet keine Wärme, es zündet nicht, und wird wie eine Theaterflamme von den Gegnern abgeschüttelt, auf welche es grade geschleudert wird. Der letzte Notenwechsel mit Oestreich hat fast nur insofern Interesse, als er zeigt, wie der Stil der Journale bereits in die Sprache diplomatischer Actenstücke eingedrungen ist. Es ist wahrscheinlich, daß eine einflußreiche Partei in der Stille mit dem Ministerpräsidenten höchlich unzufrieden ist, es ist wahrscheinlich, daß der Ministerpräsident ebenso unzufrieden mit einigen seiner Gönner ist. Die traurige Thatsache ist, daß der Staat in seiner gegenwärtigen Lage ohne Politik existirt, und daß jede auswärtige Macht, sei diese Rußland oder Oestreich oder Frankreich, ein Zusammenhandeln mit dem gegenwärtigen Ministerium vermeiden wird, sobald irgend ein anderer Bundesgenosse zu erlangen ist, und daß sie die Hände, welche man zu Berlin ihr entgegenstrecken mag, nur mit einem Gefühl der Superiorität ergreifen wird, welche den Bundesgenossen zu einem Diener herabdrückt. Die gegenwärtige Regierung findet keinen Verbündeten, so wenig sie ein Volk gefunden hat.

Die gesammte Hoffnung der Preußen ruht auf dem Haupte seiner Abgeordneten, und wir dürfen wohl die Haltung des tüchtigen und stolzen Volkes eine musterhafte nennen. Auch das Abgeordnetenhaus geht unbeirrt auf dem Wege seiner Pflicht vorwärts. Es ist eine ernste und strenge Aufgabe, welche es rücksichtslos zu erfüllen hat. So weit aus der Ferne ein Urtheil über seine

Politik erlaubt ist, hält das Haus zweierlei für seine Aufgabe. Erstens durch gesetzliche Mittel die Kampfstimmung zu steigern, bis das gegenwärtige System zusammenbricht. Zu diesem Zweck ist das Ministerverantwortlichkeitsgesetz eingebracht. Und es läßt sich schon jetzt voraussagen, daß dieser Gesetzesentwurf der nächste Mittelpunkt werden wird, um welchen sich der Verfassungskampf bewegt, und daß die Absicht ist, diesen Entwurf, sobald er Gesetz geworden, zu einer Anklage gegen die jetzt im Amt befindlichen Minister zu benutzen. Die zweite Aufgabe ist, ohne Rücksicht auf das gegenwärtige Ministerium die wichtigen organischen Gesetze, auf denen ein Neubau des preussischen Staates beruhen muß, durchzuarbeiten, damit eine neue Regierung die nöthigen Gesetzesvorlagen geprüft und fertig vorfindet. Dies Verfahren, welches bei einer Organisation der Kreise und Gemeinden dem Abgeordnetenhaus vortrefflich gedeihn mag, hat bei der Berathung über die wünschenswerthe Militärorganisation größere Schwierigkeiten.

Es war gewiß eine richtige Maßnahme des Hauses, sich nicht auf eine Verwerfung der Militärnovelle zu beschränken, sondern zugleich die Gesichtspunkte festzustellen, nach denen die Nation das Heer eingerichtet zu sehn wünscht. Aber die Abgeordneten werden nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht verkennen, daß eine solche Neubildung in ihrem Detail durchaus nicht von einer so zahlreichen Versammlung berathen werden kann, und daß ein Haus der Abgeordneten, auch wenn es sich beschränkt, wenige Grundzüge festzusetzen, sehr vorsichtig verfahren muß. Noch ist, so scheint uns, das organisatorische Talent nicht gefunden, welches die große Frage endgiltig zu lösen im Stande ist, und das Haus wird vermeiden, durch seine Beschlüsse sich selbst zu binden und den Parteigenossen die unbefangene Würdigung eines einheitlichen Planes zu erschweren, welchen doch im geeigneten Augenblick die Organisationskraft eines Einzelnen auszuführen hat. Es wäre schädlich, wenn wieder in den Commissionen und im Hause Debatten über militärisches Detail sich breiten sollten, man konnte in den letzten Jahren die Beobachtung machen daß sie ihrer Natur nach nicht die Stärke der Kammer waren. Denn obgleich die Schwäche des gegenwärtigen interimistischen Systems auch von Laien richtig empfunden wird, folgt noch nicht, daß Laien oder Einzelne, welche zufällig militärische Kenntniß erworben haben, im Stande sind, den Neubau zu leiten. Es ist z. B. mißlich, die Zahl der Auszuhebenden auf irgend einen Bruchtheil zu beschränken, so lange die Unmöglichkeit nicht erwiesen ist, die gesammte waffenfähige Jugend eines Jahrganges auszuexerciren, es ist z. B. bedenklich, die Dienstzeit der Infanterie auf zwei Jahre zu fixiren, während man schon jetzt in einem andern deutschen Staate damit umgeht, alle junge Männer von bestimmter turnerischer Ausbildung zu einjährigem Dienst einzustellen.

Indem dies geschrieben wird, erheben sich vor dem königlichen Schlosse

in Berlin Gerüste und Tribünen zu einer großen militärischen Feier. Wir wissen nicht, mit welchen Empfindungen der Kriegsherr Preußens das Gedächtnißfest an die Erhebung des Volkes begehen wird, das Fest der großen Erhebung, welche Friedrich Wilhelm dem Dritten einen Staat wiedergab, den er durch seine kraftlose Politik verloren hatte. Seine Generale hatten in den Jahren vorher ein schönes schlagfertiges Heer lange und sorgfältig gedrikt, sie waren schwachvoll geschlagen worden, sie hatten schwachvoll die Festungen dem Feinde ausgeliefert. In der höchsten Noth erkannte der König, daß nur die Kraft, die Liebe und der Eifer des Volkes ihn retten könne. Freiwillige Gaben, freiwillige Männer, nicht zuletzt die Landwehr, hoben ihn aus Demüthigung und bitterer Noth herauf. Das preußische Volk und die ganze Welt weiß, wie die Begeisterung der Jugend, die Hingabe der Bürger den zögernden und unsichern König aus dem Verderben emporgerissen hat. Damals empfand er, wie er fortan mit seinem Volke zu leben hatte. Er versprach seinem Volke die Verfassung, und er hielt sein Versprechen nicht.

Er regierte lange, er arbeitete ehrlich und emsig für das Beste seiner Preußen, aber er konnte die Verkümmernng nicht abhalten, welche während fünfundsanzig Friedensjahren auf seiner Umgebung, seinem Heer, seinem Beamtenthum und seinem Volke lag. — Erst unter seinem Nachfolger und dessen Zeitgenossen traf die Nachwirkung einer öden, mittelmäßigen, an Wärme und Erhebung armen Zeit wie ein schwerer Fluch. Der Sohn hatte in ihr die Fähigkeit verloren, die Bedürfnisse der Zeit zu verstehen, seinem reichen Geiste fehlte die Stetigkeit, welche ein kräftiges Staatsleben, eine nationale Politik dem Staatsmann verleiht. Eine kurze Hoffnung, daß er aus freier Erkenntniß das für Preußen Nöthige thun werde, wurde bitter getäuscht, in Zorn und offner Auslehnung rang das Volk mit ihm um die Verfassung. — Und wieder vor wenig Jahren hat das Volk zum dritten Mal gehofft, und zum dritten Mal ist es an seinem Fürsten irre geworden. Wenn Fahnen und Standarten auf dem Dönhofsplatz flattern, wenn die Fanfare schmettert, wenn die armen Invaliden in langer Reihe vor dem projectirten Denkmal Friedrich Wilhelm des Dritten aufgestellt werden, und Hurrahrufe des Heeres über den weiten Platz schallen, dann wird die Zahl der wehenden Fahnen doppelt so groß sein als 1813, viele neue Orden werden neben dem eisernen Kreuz auf der Brust unserer Generale glänzen, welche in Frieden grau geworden sind, Alles wird sehr stattlich und prächtig aussehen, weit schöner und reichlicher als in dem dürftigen Jahr 1813, aber dem Fürsten, der dies große Erinnerungsfest feiert, wird Eines fehlen, was seinem Vater vor fünfzig Jahren bei dem ersten militärischen Gruß in Breslau die Freudenthränen über die Wange fließen machte.

Wer aber ein guter Preuße ist, verlebt diesen Tag in stillem Ernst und denkt, wie er das erlauchte Haus der Hohenzollern für die Zukunft des Staates rette.